

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung (17. TA)

des Schulausschusses

am Montag, 24.01.2011,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz, 1.
OG, Raum 105
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:10 Uhr

Anwesend

CDU

Thomas Härtner
Klaus Hupperth
Bernhard Marewski
Gisela Schumann
Ulrich Wokulat

SPD

Dr. Hans Klose
Ernst Kuchler
Christian Olbertz
Peter Viertel

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nicole Lassen-Kumfert
Dirk Udo Trapphagen

BÜRGERLISTE

Klaus-Peter Gehrtz
Wiete Godthardt

FDP

Timur Lutfullin

Freie Wähler

Michael Bork

pro NRW

Susanne Kutzner

OP

Dr. Uwe Becker

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Serkan Kaygisiz Integrationsrat

Beratende Mitglieder gem. § 85 Schulgesetz

Bettina Köppen Kath. Kirche - i. V. für Beatrix Vogel

Verwaltung:

Christina Ackermann Finanzen (20)

Marc Adomat Beigeordneter

Claus Broscheid Schulen (40)

Georg Eiteneuer Schulen (40)

Biggi Hürtgen Dezernat IV

Monika Schöneward Finanzen (20)

Gäste:

Andreas Paul Schulamt

Schriftführer:

Helmut Oestreich Schulen (40)

es fehlen entschuldigt:

Beratende Mitglieder gem. § 85 Schulgesetz

Tim Hasbach BezirkschülerInnenvertretung Rhein-Wupper

Pfarrer Dr. Bruno Schmidt-Späing Ev. Kirche

Beatrix Vogel Kath. Kirche

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Seite

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Rh. Dr. Klose (SPD) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Dr. Klose verpflichtet Herrn Serkan Kaygisiz als sachkundigen Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW.

2 Genehmigung von Niederschriften

Der Niederschrift über die 7. Sitzung des Schulausschusses am 08.11.2010 wird zugestimmt.

3 Entgeltordnung für die außerschulische Nutzung von Schulturn-, Sport- und Gymnastikhallen sowie Krafträumen Vorlage: 0866/2010

Frau Lassen-Kumfert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet die Verwaltung bis zum Rat um Prüfung, ob bei einer kommerziellen Nutzung höhere Gebühren erhoben werden können (Stellungnahme siehe Anlage).

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 14 (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Freie Wähler, 1 OP)

dagegen: 3 (2 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)

Enth.: -

4 Brandschutzsanierung der Gesamtschule Schlebusch - Verlagerung der GHS Görresstraße ab dem 01.08.2011 - Räumliche Versorgung der Gesamtschule Schlebusch während der 2-jährigen

Sanierungsphase ab dem 01.08.2011
Vorlage: 0869/2010

Sprecher der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Freie Wähler und OP begründen ihre jeweilige zustimmende bzw. ablehnende Haltung zur Vorlage.

Die Gegner der Vorlage begründen ihre ablehnende Haltung mit der einseitigen Festlegung auf finanzielle Vorbehalte. Dem gegenüber seien die pädagogischen Aspekte nicht hinreichend dargestellt und abgewogen. Die Errungenschaften der Gesamtschule wie die Bibliothek, Freizeitangebote, Hausaufgabenbetreuung, Berufsinformation, Mittags- und Imbissverpflegung, Silentien, Trainingsraum, Streitschlichtung, jahrgangsübergreifender Unterricht und Eine-Welt-Laden seien durch die räumliche Trennung gefährdet. Das vorliegende Angebot für eine Containerlösung sei noch einmal durchzurechnen. Es wird befürchtet, dass die Bauzeit nicht eingehalten werde, wodurch sich die Nachteile der Trennung weiter verschärfen würden. Der Wille der Schulkonferenzen werde mit der Vorlage nicht gewürdigt. Herr Lutfullin (FDP) legt einen Fragenkatalog (siehe Anlage) vor und bittet die Verwaltung bis zur Ratssitzung um Beantwortung (Stellungnahme der Verwaltung siehe Anlage).

Die Befürworter betonen den Abwägungsprozess zwischen dem finanziell Machbaren und dem pädagogisch Sinnvollen. Befürchtet wird eine beträchtliche Einschränkung des Schulbetriebes durch den Flächenverbrauch für die aufzustellenden Container und durch die Sanierung bei laufendem Schulbetrieb, insbesondere den zu erwartenden Baulärm. Es sei sinnvoll, ca. 420 Schülerinnen und Schüler den Auswirkungen der Baumaßnahmen zu entziehen und anderweitig unterzubringen. Eine Überschreitung der Bauzeit müsse auf jeden Fall vermieden werden. Die Aufstellung von Containern sei keine gute Lösung. Herr Rh. Marewski (CDU) bittet um eine Äußerung der Verwaltung zu den Stellungnahmen der GGS Regenbogenschule, GHS Theodor-Wuppermann-Schule und GHS Görresstraße (Stellungnahme der Verwaltung siehe Anlage).

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 11 (5 CDU, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 BÜRGERLISTE, 1
FDP, 1 pro NRW)
dagegen: 6 (4 SPD, 1 Freie Wähler, 1 OP)
Enth.: -

5 Haushalt 2011
Vorlage: 0876/2010

5.1 Ausweisung des NaturGutes Ophoven als eigenes Produkt im Haushalt
- Änderungsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und
Freie Wähler vom 17.01.11 zum Haushalt 2011
Vorlage: 0902/2011

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig

5.2 Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Leverkusen für das Haushaltsjahr 2011
- Nr.: 0876/2010

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, den im Haushaltsentwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 sowie den in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2014 enthaltenen Ansätzen bzw. Maßnahmen für den Fachbereich 40 unter Berücksichtigung der sich aus der Ergänzung vom 13.01.11 ergebenden Änderungen zuzustimmen.

dafür: 8 (5 CDU, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP)
dagegen: 4 (2 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 pro NRW)
Enth.: 5 (4 SPD, 1 Freie Wähler)

Bericht des Dezernenten

Herr Beig. Adomat (Dez. IV) berichtet für die Verwaltung, dass die Bezirksregierung Köln mit Verfügung vom 17.01.2011 die Einführung des Ganztagsbetriebs ab dem 01.08.2011 am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Leverkusen genehmigt habe.

Ferner habe die Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 01.12.2010 verfügt, dass die jetzige Schulleiterin des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums, Frau

Romain, über den gesetzlichen Ruhestand hinaus bis zum 31.07.2012 weiter beschäftigt werde.

Hinsichtlich der Schulstrukturdebatte teilt Herr Beig. Adomat (Dez. IV) mit, dass für den 23.03.2011 eine Diskussionsrunde mit den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen und Gruppierungen vorgesehen sei.

Herr Beig. Adomat (Dez. IV) erklärt, dass das Projekt „zdi-Zentrum Leverkusen, Zukunft durch Innovation als Gemeinschaftsprojekt des Landes NRW“ aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen vorerst nicht weiter verfolgt werde.

Herr Broscheid (FB Schulen) berichtet für die Verwaltung, dass das Projekt „Schülerticket“ u. a. aus finanziellen Gründen nicht auf Grundschülerinnen und Grundschüler ausgeweitet werden soll. Weiter ist die Verwaltung der Auffassung, dass Grundschülerinnen und Grundschüler in der Regel schulisch wohnortnah versorgt werden sollen und der Besuch weiter entfernt liegender Schulen nicht durch die Vergabe von Schülertickets gefördert werden soll.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 11/2010)

- keine

Dr. Hans Klose schließt die Sitzung gegen 18:10 Uhr.

Dr. Hans Klose
Vorsitzende/r

Helmut Oestreich
Schriftführer/in